

zugleich das Befugniß des Gläubigers angedeutet, gegen Maßregeln, welche die Sicherheit der ihm verpfändeten Sache erweislichernmaßen gefährden, gerichtliches Einschreiten in Anspruch zu nehmen.

Was sodann die

§§. 71 und 72

des Entwurfs betrifft, so ist darüber Folgendes zu bemerken:

In §. 71 ist das Befugniß des Schuldners, das verpfändete Grundstück einem andern Gläubiger weiter zu verpfänden und in §. 72 das Recht desselben zur Veräußerung eines solchen Grundstücks behandelt und anerkannt. Letzteres, das Recht zur Veräußerung, ist jedenfalls das größere, in welchem das Recht der Verpfändung um so unverkennbarer enthalten ist, als jede Verpfändung unter den allgemeinen Rechtsbegriff: Veräußerung, gehört. Demnach scheint es der Deputation angemessen, die das weiter gehende allgemeine Befugniß behandelnde §. 72 vor die §. 71 zu stellen, welche das geringere, aus jenem Befugniß erst folgende Recht der Verpfändung zum Gegenstande hat.

Was nun

§. 72

der Vorlage anlangt, so wurde auf die Bemerkung der Deputation der jenseitigen Kammer, daß das Versprechen des Schuldners, sein Grundstück ohne Vorwissen und Einwilligung der hypothekarischen Gläubiger nicht zu veräußern, wenigstens gleiche Wirkung mit dem Versprechen, es nicht weiter zu verpfänden, haben müsse, zu derselben ein von den Herren Commissarien vorgeschlagener und von der ersten Kammer in nachstehender Fassung angenommener Zusatz beschlossen:

Ein Versprechen, ohne Einwilligung oder ohne Vorwissen des hypothekarischen Gläubigers, das Grundstück nicht zu veräußern, soll nur wie ein Versprechen, ohne Einwilligung oder ohne Vorwissen des hypothekarischen Gläubigers keinem Andern eine Hypothek an dem Grundstück einzuräumen, behandelt werden. (§. 71.)

Allein die Deputation glaubt, daß dasselbe, was in §. 71 und 72 weitläufig disponirt ist, in einer einzigen Paragraphe kürzer in folgender Fassung angeordnet werden könne:

„Ungeachtet der Eintragung einer Forderung in das Grund- und Hypothekenbuch behält der Schuldner das Recht, den Gegenstand der Hypothek zu veräußern oder einem andern Gläubiger eine Hypothek daran einzuräumen. Ein Versprechen des Schuldners, ohne Einwilligung oder ohne Vorwissen des hypothekarischen Gläubigers das Eine oder das Andere nicht zu thun, hat keine weitere Wirkung, als daß, wenn es im Grund- und Hypothekenbuch eingetragen ist, die Grund- und Hypothekenbehörde verpflichtet ist, von der geschehenen Veräußerung des Grundstücks oder Eintragung der andern Forderung jenem Gläubiger Nachricht zu geben.“

Die Deputation rathet daher der Kammer:

unter Ablehnung des von der jenseitigen Kammer zu §. 72 angenommenen Zusatzes die §. 71 in vorstehender Fassung anzunehmen, die §. 72 aber sodann in Wegfall zu bringen.

Abg. v. Thielau: Ich kann mich mit der Ansicht nicht vereinigen, daß das Versprechen, ein Grundstück nicht zu veräußern und anderweit zu verpfänden, keine weitere Wirkung haben soll, als die Anzeige an den betreffenden Gläubiger. Es ist überhaupt Regel, daß das, was Jemand verspricht, auch gehalten wird; so gut wie ein Versprechen, eine Schuld zu bezahlen, als etwas Bindendes angesehen wird, so gut muß auch das Ver-

sprechen, ein Grundstück ohne Vorwissen des Gläubigers nicht zu veräußern oder zu verpfänden, bindend sein und eine Norm für die Gerichte abgeben. Ich glaube, meine Herren! die Bestimmung, die hier getroffen ist, rührt wohl daher, daß man die gerichtlich zu bestellende Hypothek mit der freiwillig zu bestellenden verwechselt. Wenn Jemand durch ein gerichtliches Erkenntniß zur Anerkennung einer Hypothek gezwungen wird, so kann das Recht eines Dritten von der Einwilligung des Schuldners oder andern Gläubigers nicht abhängen. Ganz anders verhält es sich damit, wenn Jemand irgend eine Forderung ganz neu auf ein Grundstück eintragen läßt. Die Anzeige an den hypothekarischen Gläubiger müßte die Folge haben, daß, solange er nicht befriedigt worden ist, eine weitere Verpfändung oder Veräußerung nicht stattfinden könnte. Zu was soll ein solches Versprechen dienen, was Jemand halten kann, wenn er will, oder vernachlässigen kann, wenn er will? Ich sollte glauben, daß es die erste Bedingung des Credits wäre, daß man das, was man gerichtlich anerkennt, und überhaupt, was man versprochen hat, halte; und eine unzulässige Beschränkung des Eigenthumsrechts sehe ich darin auch nicht, weil durch das Anerkenntniß der Hypothek auf dem Grundstücke das Eigenthumsrecht überhaupt schon beschränkt ist, und es Jedermann freistehen muß, seine Eigenthumsfreiheit willkürlich zu beschränken. Ich sollte daher glauben, daß man sagen müßte, es hätte eine solche Zusicherung die Wirkung, daß das Gericht verpflichtet sei, den Gläubigern Anzeige zu erstatten, und daß vor deren Einwilligung eine Hypothek nicht bestellt werden kann. Denn ich finde, daß, ist diese Zusicherung gegen das Recht, ist sie gemeinschädlich, man am besten ein solches Versprechen überhaupt als unstatthaft und ungeschichtlich erklärte. Zu was soll es führen, wenn man das Versprechen erlaubt, in das Gesetz aber die Möglichkeit legt, daß das, was versprochen worden ist, nicht gehalten zu werden braucht?

Präsident D. Haase: Will der geehrte Abgeordnete in dieser Beziehung einen Antrag stellen?

Abg. v. Thielau: Ja; er schließt sich an die Worte an: „Nachricht zu geben“.

Präsident D. Haase: Es sollen nach den Worten: „Nachricht zu geben“, noch die Worte folgen: „und kann bis zu erfolgter Erklärung des Gläubigers eine Eintragung in das Hypothekenbuch nicht erfolgen“. Wird dieser Antrag unterstützt? — Er wird sehr zahlreich unterstützt.

Abg. Püschel: Ich schicke die Erklärung voraus, daß ich für die Fassung der §§. 71 und 72, wie sie die Deputation vorgeschlagen hat, mit dem Zusatz, welchen soeben der Abg. v. Thielau beantragt hat, und welchen ich unterstützt habe, stimmen werde. Ich will mir aber noch eine Bemerkung erlauben. Bekanntlich wird der Realcredit gar sehr durch den persönlichen unterstützt; wer Geld verleihen soll, fragt nicht allein nach dem Objecte des Pfandes, welches ihm zur Sicherstellung gegeben werden soll, sondern sieht auch den Mann an, der Credit haben will.